Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2009 Nr. 12 · 5. Jahrgang

Links diskutiert
3 | *Rot-Rot in Stadt und Land/ „Neue Impulse“ vorgestellt*

Potsdam-Mitte /Ortsteile
6–9 | *Anita Tack, Wohnungspolitik, Toleranz-Verein und Tierheim*

Links informiert
11 | *„Ruf aus Potsdam“ an Obama*

Parteitag zeigte „klare Kante“

LINKE.Potsdam auf dem Weg zu neuen Bündnissen / Eigenständigkeit und klares Profil wichtig

Der bisherige Diskussionsprozess um neue Mehrheiten für linke Politik in der Stadt – der beim Kreisparteitag der LINKEN am 28.11. bilanziert wurde – war langwierig, aber er hat sich gelohnt. DIE LINKE muss ihren öffentlichen Einfluss ausbauen, muss die „Meinungsführerschaft“ über Begriffe wie Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit oder Demokratie erlangen. Dieser Prozess wurde von der Basis eingeleitet, vom Kreisvorstand aufgegriffen und gemeinsam vorangetrieben. Am Ende steht ein mit großer Mehrheit gefasster Beschluss zur Bündnisstrategie der LINKEN. Auf der Suche nach Bündnispartnern hat DIE LINKE den ersten Schritt getan, „unsere Eigenständigkeit und ein klares Profil sind dabei wichtig“, so ein Delegierter.

Bündnisse gedeihen nicht ohne Klärungsprozesse. Hilfreich dabei sind ein offener und ehrlicher Umgang. Schnittmengen wurden, ohne eine Prüfung vorweg zu nehmen, vor allem mit der SPD erwartet. „Wir sprechen dabei aber nicht von einer Fusion“, beruhigt eine Rednerin unruhig gewordene Genossen. Gemeinsamkeiten suchen, Differenzen benennen und soziale Projekte entwickeln, das könnte ein Leitfaden für eine Zusammenarbeit sein, die die „politischen Handlungsräume beider Parteien vergrößern wird“, so ein weiterer Referent. Nicht nur parlamentarisch auch außerparlamentarisch – Vereine, Gewerkschaften, Studenten oder Verbände – muss DIE LINKE verstärkt um potentielle Bündnispartner für eine bürgernahe linke Politik werben, merkte ein weiterer richtig an. Anhand von Wahlprogrammen, Koalitionsverträgen und am praktischen Handeln der Entscheidungsträger wird der Grad an Übereinstimmungen geprüft. Diesen Prüfauftrag hat der Kreisvorstand von den Delegierten mit großer Mehrheit erhalten. Ergänzt wurde der Antrag des Kreisvorstandes durch die Aufforderung, politische Projekte zu benennen, deren Umsetzung angestrebt wird und die Informationspflicht gegenüber dem Kreisverband über Verlauf und Ergebnisse des Diskussionsprozesses bis zum Ende des 2. Quartals.

DIE LINKE schickte mit einer übergroßen Mehrheit ein positives Signal an den SPD-Unterbezirk. Bisher haben wir diskutiert, nun wird der nächste gemeinsame Schritt gemacht!

Sascha Krämer



Beschluss zur Bündnisstrategie mit großer Mehrheit gefasst.

Auf ein Wort...



Rot-Rot – zwischen Hoffnung und Zweifel...

von Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender DIE LINKE

„Hoffe nicht ohne Zweifel und zweifle nicht ohne Hoffnung“, mit dieser Aufforderung könnte der römische Philosoph Seneca auch DIE LINKE gemeint haben. Mit deutlichen Delegiertenmehrheiten wurde sie auf den Weg gebracht, jetzt hat sie sich im politischen Leben zu bewähren, die rot-rote Koalition. Hoffnung machen Akzente des Koalitionsvertrages wie das Vergabegesetz als wichtiges Instrument gegen Lohndumping – Zweifel ergeben sich aus anderen Textstellen.

Die Projekte umsetzen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen führen, das ist das Gebot der Stunde Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet von uns keine Wunder, aber konkrete – also in ihrer Wirkung erlebbare – Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit.

So wichtig die Koalitionsbildung auch ist, für sich genommen ist sie kein (kompletter) Politikwechsel und kann dies auch nicht sein. Wir sollten sie als Ausgangspunkt und Startchance für einen politischen

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir frohe Festtage und ein gutes 2010!

DIE LINKE.Potsdam

Familien- und kinderfreundlich

Potsdam wurde am 20. November 2009 als eine familien- und kinderfreundliche Kommune im Land Brandenburg ausgezeichnet. Zu diesem Erfolg gratuliert DIE LINKE der Landeshauptstadt und wünscht den Verantwortlichen der Stadt Kraft und Ausdauer, damit dieser Weg weiterhin erfolgreich gegangen wird. Auf die Unterstützung der LINKEN können sie sich auch weiterhin verlassen.

In Zeiten des Rückbaus von sozialer und technischer Infrastruktur ist es Potsdam gelungen, eine intakte Infrastruktur zu erhalten, die Menschen zum Bleiben und nicht zum Gehen animiert. Diese Auszeichnung ist Lohn erfolgreicher Arbeit, aber auch Ansporn weiter zu arbeiten, damit Potsdam auch weiterhin eine familien- und kinderfreundliche Kommune für alle Potsdamer bleibt.

Dazu gehört u. a. auch die weitere Verbesserung der Betreuungsstrukturen für Kinder.

„Kapital“-Lesekreis an der Uni

Die Hochschulgruppe die linke.SDS Potsdam bietet in diesem Semester wieder einen „Kapital“-Lesekreis an der Universität Potsdam an. Dabei soll das große Werk von Karl Marx kritisch unter die Lupe genommen werden. Der Lesekreis will „Das Kapital“ verstehen und analysieren lernen. Dabei sollen auch Schlüsse zur heutigen wirtschaftlichen Situation gezogen und diskutiert werden, inwieweit „Das Kapital“ heute noch Aktualität besitzt. Alle, Studierende und „Normalbürger“, die Marx schon immer verstehen wollten, sind herzlich eingeladen, mit uns zusammen „Das Kapital“ zu lesen und durch Diskussion der einzelnen Kapitel verstehen zu lernen.

Die Auftaktveranstaltung war am 19. November 2009. Die weiteren Veranstaltungen werden jeweils Montag um 19.00 Uhr auf dem Universitätscampus Am Neuen Palais im Haus 8 im Raum 0.50 stattfinden.

Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Weltmeisterschaften im Debattieren

Vom 27. Dezember diesen Jahres bis zum 04. Januar 2010 finden in Antalya die Weltmeisterschaften im Hochschuldebattieren statt. Das Hochschuldebattieren ist ein rhetorischer Wettstreit, bei dem verschiedene Teams durch Inhalt, Rhetorik und eine überzeugende Teamstrategie überzeugen müssen. Die eigene Position wird vorgegeben. Debattiert wird auf Englisch und es gibt jeweils eine Vorbereitungszeit von 15 Minuten. Über 300 Teams aus über 60 Nationen aus allen Kontinenten der Erde werden an diesem Ereignis teilnehmen. Aus Deutschland nehmen die Universität Greifswald und erstmals auch die Universität Potsdam teil. Im Potsdamer Team startet neben Mathias Hamann auch Moritz Kirchner, der in der Basisorganisation „Neue Impulse“ im Kreisverband der Partei DIE LINKE aktiv ist.

Mehr unter
http://www.kocworlds2010.com/

(Fortsetzung von SEITE 1)

Veränderungsprozess betrachten und nutzen – und nicht als „Endergebnis“. Verlauf und Tempo dieses Prozesses bestimmen auch nach den Wahlen die Menschen selbst mit. Neben anderen Faktoren, wie den bundespolitischen Rahmenbedingungen und den Auswirkungen der Krise, wird der Umfang und die Intensität außerparlamentarischen Drucks für politisches Handeln eine wesentliche Rolle spielen (siehe Bildungsstreiks). Lasst uns nicht darauf hoffen, dass andere diesen Druck erzeugen, dass müssen wir – trotz aller gelegentlichen Zweifel am Erfolg – „schon selber tun“.

Ehrlich zu den Menschen

LINKE Neumitglieder des Jahres 2009 willkommen/Treffen mit Kreisvorstand und Fraktion

Am Samstag, dem 21. November 2009, veranstalteten die Potsdamer LINKEN ihr erstes Neumitgliedertreffen auf Kreisebene. Dazu waren alle neuen Mitglieder der Partei eingeladen, die seit Dezember 2008 in die Partei DIE LINKE eingetreten waren. Man wollte sich austauschen, wie es den „Neuen“ seit ihrem Eintritt ergangen ist und offene Fragen zur Arbeit der LINKEN in Potsdam klären. Dazu gab es einen deftigen Brunch und starken Kaffee. Erschienen waren etwa 20 neue Mitglieder, Vertreter aus dem Kreisvorstand, und Hans-Jürgen Scharfenberg war im Namen der Potsdamer Stadtfraktion vor Ort.

Zunächst begann man mit einer Vorstellungsrunde. Auffallend war, dass viele der neuen Mitglieder aus den alten Bundesländern nach Potsdam gezogen waren. Allein drei von ihnen kamen aus Bayern. Alle einte ein Motiv in DIE LINKE einzutreten: Man wolle sich endlich einsetzen und dafür sorgen, dass der Sozialstaat nicht weiter ausgehöhlt wird. Hartz IV gehöre endlich abgeschafft, gaben viele als Eintrittsgrund in die Partei an. Auch wird DIE LINKE als einzige Partei wahrgenommen, die ehrlich zu den Menschen ist und zu ihren Überzeugungen steht. Das gaben einige in der Runde als Grund an, sich für DIE LINKE entschieden zu haben. Eine neue Genossin, die in Nigeria geboren wurde, sagte: „Ich wollte es erst mit der SPD probieren. Aber die waren so weit weg. Sie haben mich nicht als der Mensch genommen, der ich bin. Ich hatte das Gefühl, dass mein Migrationshintergrund immer im Weg steht. Bei der LINKEN glaube ich als der Mensch genommen zu werden, der ich bin.“ Sie will sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten einsetzen.

Die Neuen hatten jede Menge Fragen im Gepäck. Sie wollten zum Beispiel wissen, wie man zum Parteitag delegiert werden kann. Auch die Frage „Wie kann ich eigentlich ins Parlament kommen?“, wurde nicht ausgespart. In lockerer Atmosphäre wurden alle Fragen vom Kreisvorstand beantwortet. Auch Hans-Jürgen Scharfenberg hieß die Neumitglieder herzlich willkommen. Er betonte, dass es in Potsdam besonders spannend sei, Kommunalpolitik zu gestalten. Ganz in seinem Element stellte er dann kurz die Grundzüge der Arbeit der Stadtfraktion anhand aktueller kommunalpolitischer Themen vor, wie die Standortfrage des neuen Schwimmbades in Potsdam.

Zum Schluss bekamen alle Interessierten in kurzen Einzelgesprächen Kontaktdaten, um sich schnell in das Parteileben einfinden zu können. Nun kann die Arbeit losgehen!

Ronny Besançon

Erster Workshop zur Zukunft der Jugendkultur



Am 24.11.2009 trafen sich Vertreter der Potsdamer Jugendszene, der großen Jugendkultureinrichtungen, des Jugendhilfe- und Kulturausschusses und die Verantwortlichen des Jugend- und Kulturbereiches der Verwaltung zu dem von der Stadtverordnetenversammlung beauftragten Workshop. Es war der erste, der zweite folgt am 16. Dezember.

Ziel des Verfahrens soll es sein, das Rahmenkonzept Jugendkultur und das Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „freiLand“ vor der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung mit Akteuren der Jugendkultur- und Jugendsoziokultur inhaltlich abzustimmen und einen konsensfähigen Entwurf des Rahmenkonzeptes zu entwickeln. Beide Konzepte waren von den Akteuren der Jugendszene kritisiert worden: Sie forderten mehr Beteiligung ein, völlig zu Recht.

Die ca. 40 Teilnehmer hatten zunächst die Aufgabe, sich zu verständigen, was denn Jugendkultur eigentlich ist. Die einfache, aber noch weiter zu differenzierende Formel lautet: Sie ist Kultur von und mit Jugendlichen für Jugendliche.

Zunächst wurde in Arbeitsgruppen herausgearbeitet, welche Jugendkulturen es in Potsdam gibt, an welchen Orten sie sich aufhalten und welche Interessen sie haben.

Fazit im Plenum: In Potsdam gibt es erfreulich viele verschiedene Jugendkulturen, die eigenverantwortlich mit einem sehr hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement gestaltet werden. Die Projekte sind gut vernetzt, es gibt eine intensive Zusammenarbeit, eine stark ausgeprägte Kommunikation zwischen den Gruppen. Das zu den Stärken der Potsdamer Jugendkultur und -soziokultur!

Als Schwächen wurden aufgezeigt: Fehlende Bandproberäume, fehlende Wände für Sprayer, fehlende nachhaltige Sicherung für viele Orte und Stätten der Jugendkultur, fehlende Räume in der Innenstadt, wo es auch mal laut sein darf. Diese Defizite könnten mit der Umsetzung des „freiLand“-Projektes behoben werden.

In dem folgenden Workshop muss u. a. herausgearbeitet werden, wie sich das Verhältnis zwischen der Kapazität der Angebote der Gruppen und Einrichtungen und deren Nutzern gestaltet. So kann bestimmt werden, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um die Bedürfnisse zu realisieren. Es gilt zu definieren, welche Gruppen die potenziellen Nutzer für das „freiLand“ sind, wie der Standort für das „Archiv“ (Foto) in der Leipziger Straße, die Ersatzstandorte für den Jugendklub „S 13“ und den „Spartacus“ gesichert werden können und wie das Projekt „freiLand“ Wirklichkeit werden kann.

Dr. Sigrid Müller
Jugendpolitische Sprecherin

Die nächste Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am Dienstag, 5. Januar 2010

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn,** Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk,** Redakteur; **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Jens Hörnig,** Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert,** freie Mitarbeit; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Neue Impulse“ für Stadt und Partei

Unser Kreisverband steht in Potsdam gut da. Allerdings beobachten wir mitunter Passivität in Teilen der Basis, eine auf einige Bevölkerungsgruppen begrenzte Attraktivität der Partei und der mangelnde Zustrom junger Leute. Hier will unsere Basisorganisation ansetzen und zu einer politisch-kulturellen Öffnung und höheren Attraktion der Partei beitragen, speziell auch für junge Menschen. Andererseits wollen wir die Zusammenarbeit der BOen stärken und parteiinterne Diskussionen anregen und bereichern.

Angefangen hat es 2004, als neben der damaligen ‘solid die parteiinterne PDS-Jugend entstand. Im Zuge der Umbenennung unserer Partei wurde daraus die Junge Linke, welche ab 2007 alle Teilnehmenden des Mentoring Programms zur Vorbereitung der Kommunalwahl stellte. Teile dieser Struktur, wie Ronny Besançon, Olga Schummel, Moritz Kirchner und Jens Gruschka, wirken nun in der BO Neue Impulse mit. Gleichzeitig stoßen auch zahlreiche Neumitglieder zu uns, so dass wir mittlerweile 22 Mitglieder zählen. *BO Neue Impulse*



LINKE.Potsdam erklärt sich solidarisch mit studentischem Protest

Seit Anfang November halten Studierende der Universität Potsdam das Auditorium Maximum ihrer Hochschule besetzt. Nachdem ihre Forderungen nach freier und konkurrenzloser Bildung, Ausfinanzierung der Lehre und mehr demokratischer Mitbestimmung in den vergangenen Monaten weitgehend ohne Konsequenzen blieben, entschied sich die studentische Vollversammlung, es den Kommilitoninnen und Kommilitonen in Österreich und Teilen der Bundesrepublik gleichzutun: Um den Druck auf Unileitung und Landespolitik zu erhören, besetzten sie auf unbestimmte Zeit den größten Hörsaal am Neuen Palais.

Dass Studierende ihrer Unzufriedenheit in diesen Tagen bundesweit mit friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams Ausdruck verleihen und sich dabei auch über die Hausordnungen hinwegsetzen, kann angesichts der Situation an den Hochschulen nicht verwundern. Die Versuche der Potsdamer Universitätsleitung, die Studierenden mit Hilfe privater Sicherheitskräfte aus ihrer Universität zu entfernen, obwohl die Fortführung der Lehre im Audimax ermöglicht wird, lassen die von der Präsidentin verkündete Diskussionsbereitschaft unglaubwürdig erscheinen und verstärken den Eindruck fortgesetzter Hinhaltestrategie

Die LINKE.Potsdam erklärt sich solidarisch mit den Potsdamer Protestierenden und ihren Anliegen. Die neue Landesregierung muss sich in den kommenden Jahren auch daran messen lassen, wie ernst sie die eigenen Gesprächsangebote meint und in welchem Maße ihre Bildungs- und Sozialpolitik den berechtigten Interessen von Studentinnen und Studenten Rechnung trägt. Sowohl die Garantie ausreichend vieler Master-Studienplätze als auch eine deutlich verbesserte Mitbestimmung sowie die Ablehnung von versteckten und offensichtlichen Studiengebühren stellen Forderungen dar, die wir in vollem Umfang unterstützen.

Wir wünschen den Studierenden viel Erfolg mit ihrem Protest!

Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam
(Siehe auch Seite 11)

Rot-Rot bringt Stabilität ins Land

Die erfolgreiche Bildung der neuen brandenburgischen Regierung aus SPD und LINKEN hat sowohl landes- als auch bundespolitisch eine hohe Bedeutung.

Für die brandenburgische Landespolitik ist diese wichtig, weil es gelungen ist, neue Potenziale und Ideen für die Gestaltung der Zukunft des Landes zu erschließen. Dies bringt die nötige Stabilität ins Land, die für die schwierigen nächsten Jahre besonders wichtig ist. Die neue Landesregierung wird naturgemäß nicht alles neu, aber manches anders und hoffentlich besser machen. Dazu gehören die soziale Ausgewogenheit ihrer Entscheidungen im Tagesgeschäft ebenso wie eine finanzielle Sanierung des Landes mit Augenmaß sowie die überzeugende Sicherung der Zukunft für alle Regionen des Landes. Der Koalitionsvertrag bietet eine gute Grundlage für diese Regierungsarbeit.

DIE LINKE hat mit der Regierungsbeteiligung eine hohe Verantwortung übernommen, dazu beizutragen, das Land durch wirtschaftlich und finanziell schwierige Zeiten zu bringen. Dies ist nicht ohne Risiko, bietet aber auch viele Chancen, die LINKE als demokratische Kraft der Erneuerung zuerst einmal in den deutschen Ländern sichtbar zu machen. Allerdings sollte der Fehler anderer Parteien nicht wiederholt werden, sich nach einer Regierungsbeteiligung nur noch eine Politik „von oben“ vorstellen zu können. Auch „von unten“ bleibt genug im Lande zu tun. Das betrifft vor allem alle über die Legislaturperiode hinausreichenden langfristigen Vorhaben, insbesondere in der Klima- und Umweltpolitik des Landes. Hier ist die bloße Realisierung der Verabredungen in der Koalitionsvereinbarung bei weitem nicht ausreichend. Mir scheint eine intensive landesweite ergebnisoffene Diskussion auf der Suche nach einem erneuten Konsens „von unten“ in dieser Legislaturperiode dringend notwendig zu sein.

Für die Bundespolitik gehört das Kabinett in Potsdam nunmehr zu den wenigen Landesregierungen, die ein reales Gegengewicht zur schwarz-gelben Bundesregierung bilden können. Dies sind nicht mehr so viele: Neben der rot-roten Regierung in Brandenburg ist dies die SPD-Alleinregierung in Rheinland-Pfalz, der rot-rote Senat in Berlin und der rot-grüne Senat in Bremen. Es ist davon auszugehen, dass, je länger die Regierungszeit der CDU/CSU/FDP-Regierung in Berlin andauert, je mehr wirtschaftspolitische Zumutungen von dieser beschlossen werden, Gegengewichte und alternative Politikansätze immer wichtiger werden. Dann wird sich schnell zeigen, dass „Große Koalitionen“ oder „Jamaika-Bündnisse“ auf Landesebene allenfalls dazu geeignet sind, am Katzentisch der schwarz-gelben Republik mitzuspielen.

Daher kann man sowohl aus landes- als auch aus bundespolitischer Verantwortung der neuen Landesregierung nur eines wünschen: Erfolg.

Apl. Prof. Dr. habil. Jochen Franzke

Rot-Rot
in der Diskussion



Die rot-rote Koalition ist ein richtiger Schritt für zukunftsorientierte Politik. Die SPD erhält durch die Koalition mit der LINKEN eine größere Handlungsfähigkeit. Auf Landesebene ist sie nicht mehr an die CDU gekettet. Gleichzeitig können auf kommunaler Ebene die Anti-Linken-Bündnisse durch gestaltungsfähige Rot-Rote-Koalitionen ersetzt werden. Auch bringt die politische Nähe zur Landesregierung Berlins neue Ansätze bei strategischen Projekten wie der Fusion Berlin-Brandenburgs.
Kai Kleinwächter



Mehr Licht als Schatten im Koalitionsvertrag hätte mich zur Zustimmung gebracht. Öffentlicher Beschäftigungssektor, Mindestlohn und Vergabegesetz sowie der Innen- und Rechtspolitische Teil heben den Unsinn mit dem Lissabonner Vertrag und die vagen Formulierungen im Energieteil auf. Letztendlich kommt es auf die Durchsetzungskraft der Partei an, denn Papier ist geduldig.
Halina Wawzyniak

Letzte Meldung

Für differenzierte Auseinandersetzung

Angesichts der aktuellen Ereignisse im Land stellte Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender, in seiner Eröffnung unter Bezug auf einen Bundesparteitagsbeschluss der PDS von 1991 fest, dass „DIE LINKE für eine differenzierte Auseinandersetzung und gegen pauschale Verurteilungen ist. Jeder Einzelfall ist nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu prüfen. Entscheidend ist, wer sich um ein Abgeordnetenmandat bewirbt, hat die Pflicht die MfS-Tätigkeit offenzulegen, ... um auch den Wähler in die Lage zu versetzen ein souveräne Entscheidung zu treffen“.

Der größte Feiertag!

Dezember 1889

Am 14. Juli 1889 – dem 100. Jahrestag der Französischen Revolution – begann in Paris der Gründungskongress der II. Internationale. Rund 300 verschiedene Arbeiterparteien und Organisationen berieten gemeinsames Handeln. Dieser, von Friedrich Engels maßgeblich mit vorbereitete Kongress beschloss, den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiterklasse für ihre Rechte zu machen.

Der Gedanke fasste auch in Deutschland Fuß. Selbst um die Kaiserresidenz Potsdam machte er keinen Bogen. So sprach am 02. Dezember 1889 Emma Ihrer, die selbst an dem Pariser Kongress teilgenommen und dort gemeinsam mit Clara Zetkin für die gewerkschaftliche Gleichberechtigung der Frauen eingetreten war, auf einer öffentlichen Arbeiterinnenversammlung in der Mühlenberggrotte über die Pariser Beschlüsse. Und dort auch rief sie den Arbeiterinnen zu: „Den 1. Mai 1890 werden wir als den größten Feiertag feiern."

Theodor Christlieb Hoppe: Lasset die Kindlein …

Dezember 1934

Wenige Tage nach dem Weihnachtsfest des Jahres 1934 – am 28. Dezember – verstarb Dr. D. Theodor Christlieb Hoppe.

Er, Pfarrer und Direktor des Oberlinhauses in Nowawes von 1879 bis 1928, hatte getreu dem Motto gelebt, das sich noch heute am Oberlinhaus findet: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!"

Seiner Initiative ist zu danken, dass 1906 das erste Taubstummenblindenheim Deutschlands und 1912 das erste Heim für taubblinde Kinder eröffnet werden konnten. So weit hallte der Ruhm des Oberlinhauses zu Nowawes in die Welt, dass das Haus für sein Konzept der ganzheitlichen Rehabilitation auf der Pariser Weltausstellung mit einer Goldmedaille ausgezeichnet wurde.

So bekannt wurde das Oberlinhaus, dass Nowawes zeitweise



bekannter als Oberlinstadt denn als Nowawes war. Gar einen eigenen Poststempel gab es. Und nicht zuletzt wurde Theodor Christlieb Hoppe am 14. Januar 1927 als erster und einziger Ehrenbürger von Nowawes.

Möglich aber wurde das, da Hoppe selbst durchdrungen war von der Verantwortung tätiger christlicher Nächstenliebe gegen jedermann, vor allem gegen die, die nicht allein für sich selbst sorgen konnten: Blinde, Krüppel, Taube und Taubblinde.

Hoch war die gesellschaftliche Anerkennung für dieses aufopferungsvolle Wirken. So besuchte die Kaiserin am 23. September 1899 das Oberlinhaus und die Hofdame Gräfin v. Keller schrieb: „Welche Fülle erschütternder Eindrücke empfing man da beim Anblick dieser unglücklichen Menschen! Aber auch erhebende von der Größe der aufopfernden Liebestätigkeit der Diakonissen und Pfleger, dem hohen Stand der ärztlichen Kunst, durch die es ermöglicht wird, an Wunder grenzende Erfolge unter den Armen zu erzielen, die […] zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft herangebildet werden in sachgemäßer Pflege des Geistes wie des Körpers." Noch heute – wie zu allen Zeiten des Bestehens dieser Einrichtung – ruht der gute Geist des Theodor Christlieb Hoppe auf dem Oberlinhaus, wenn auch längst nicht nur Diakonissen die Arbeit verrichten. Das Wort von der Verantwortung aktiver christlicher Nächstenliebe hat hier lebensvollen Inhalt.

-rt

„… Euer Albert"

Dezember 1939

Er war Dekorateur und Tapezierer – vor allem aber aktiver Kommunist in Nowawes: Albert Klink (03. März 1911 – 15. Januar 1940). 1933 konnte er ins Ausland fliehen, doch nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Prag 1939 wurde er verhaftet und nach Potsdam gebracht. Monate später in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt, konnte er am 24. Dezember eine Karte an seine Mutter in Potsdam-Babelsberg, Ludwigstraße 7, schreiben:

„Meine Lieben!

Heute habe ich Euren lieben Brief erhalten und mich sehr gefreut. Wie ich sehe, werdet Ihr das Fest gut verleben, ich freue mich darüber und werde in Gedanken bei Euch sein. Ich wünsche Dir, liebe Mutti, und allen Lieben frohe Festtage und ein gutes neues Jahr und verbleibe mit den herzlichsten Grüßen und Küssen Euer Albert."

Am 15. Januar 1940 brachte ihn die SS um.

„Seid bereit" – der erste Potsdamer Pionierklub

Dezember 1959

Der Pionierleiter an der Schule 8, Herbert Hahn, überlegte, was er dazu beitragen könne, die schulischen Leistungen seiner Pioniere zu verbessern. Da kam er auf die Idee, einen Pionierklub zu gründen – das war am 01. Dezember 1959 und es war der erste in Potsdam, der weitere Nachahmer fand. „An erster Stelle stehen natürlich auch im Pionierklub die Schulaufgaben, ehe es ans Basteln geht", unterstrich „Pilei" Hahn. „Sie werden unter Aufsicht angefertigt. 14 Frauen aus der DFD-Gruppe 3 übernehmen alle 14 Tage für einen Tag den Klub. An anderen Tagen beaufsichtigen ein Lehrer oder der Pionierleiter die Aufgaben." Bereits am 12. Dezember konnte die „Märkische Volksstimme" voller Begeisterung, und Nachahmung heischend, mitteilen: „Schon jetzt, nach dem kurzen Bestehen des Pionierklubs haben sich die Lernergebnisse der Pioniere verbessert. Es ist ein großer Erfolg der Schule 8."



Monitoring zum Schulessen

Nachdem die SPD und andere Fraktionen des bürgerlichen Lagers die Anträge der LINKEN zur Einführung eines kostenlosen Schulessens für alle sozial bedürftigen Schülerinnen und Schüler abgelehnt hatten, beschlossen sie als Trostpflaster ein zweijähriges Monitoring. Der jetzt vorgelegte Bericht befasst sich mit Ernährung und gesundheitlicher Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, mit familiären Armutslagen und mit den Ergebnissen von Befragungen und Erhebungen. Es wäre zu wünschen gewesen, dass die Berichterstatter zu klaren Aussagen gefunden hätten. Aber leider finden sich vor allem allgemeine Einschätzungen, die auf den Zusammenhang der ökonomischen Situation der Eltern mit der Teilnahme am Schulessen verweisen. Der einzige konkrete Vorschlag besteht darin, dass sogenannte Härtefälle künftig auf dem städtischen Formular ein kostenloses Schulessen beantragen können. Allerdings besagt der Begriff des Härtefalls bereits, dass es sich hierbei um Ausnahmen und eine besondere Situation handeln muss. DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass alle Schüler aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften – das sind etwa 2200 – nicht nur, wie gegenwärtig geregelt, ermäßigtes Essen für einen Euro bekommen können, sondern Anspruch auf kostenloses Schulessen haben. Darauf weist auch die Tatsache hin, dass in diesem Schuljahr 684 Schüler ermäßigtes Schulessen und 70 Schüler als Härtefälle kostenloses Essen beanspruchen. Zum Vergleich: Allein an der Priesterwegschule in Drewitz erhalten jeden Tag etwa 200 Schüler kostenloses Mittagessen, das in diesem Fall von dem sozialen Träger „Arche“ getragen wird. Der Bedarf ist also eindeutig gegeben.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei hohen Heizkosten hilft unabhängiger Energieberater

Viele Mieter erhalten in diesen Tagen ihre Betriebskostenabrechnungen. Ob sich der eigene Energieverbrauch im normalen Rahmen bewegt oder deutlich über dem Durchschnitt liegt, lässt sich anhand der Abrechnung feststellen:

1. Zunächst sucht man den **gesamten Heizenergie- oder Brennstoffverbrauch des Gebäudes** auf der Rechnung. Er ist in Litern Heizöl oder Kubikmetern Erdgas angegeben – das Ganze mal 10 ergibt etwa den gesamten Verbrauch der Liegenschaft in Kilowattstunden (kWh) für den Abrechnungszeitraum; manchmal steht die Zahl schon in kWh in der Rechnung.
2. Nun errechnet man den Energiekennwert des Gebäudes, also den **Verbrauch pro Quadratmeter:** Dazu teilt man den gesamten Heizenergieverbrauch in kWh (siehe 1.) durch die gesamte beheizte Fläche der Liegenschaft, die man unter der Gesamtkostenaufteilung bei den „Grundkosten“ unter „Gesamteinheiten“ findet.
3. Spätestens ab etwa 200 Kilowattstunden pro Quadratmeter liegen die **Heizkosten des Wohngebäudes** zu hoch (bei größeren Häusern eher), so dass man Ursachen suchen und beheben sollte.
4. Häufig können die unabhängigen Energieberater der Verbraucherzentrale anhand der vorgelegten Abrechnungen und Wohnungsunterlagen oder mittels einer Besichtigung vor Ort Hinweise zu **geeigneten Modernisierungen und Fördermitteln** geben, mit denen die Mieter ihrem Vermieter eine Renovierung schmackhaft machen können.



Die beschriebenen Vergleiche kann man auch für die eigene Wohnung anstellen. Erkennt man dabei, dass die eigene Wohnung deutlich über dem Durchschnittsverbrauch der gesamten Wohnanlage liegt, sollte man ebenfalls aktiv werden.

Als hilfreich erweist sich oft eine Überprüfung alltäglicher Gewohnheiten beim Heizen und Lüften mit fachlicher Beurteilung durch einen unabhängigen Energieberater des Verbraucherberatungszentrums in den Bahnhofspassagen, Lange Brücke 2.

Überteuerte Kosten stellt man fest, indem man den Verbrauch der gesamten Heizkosten der Liegenschaft durch die beheizte Wohnfläche teilt – Ergebnisse ab etwa 15 Euro pro Quadratmeter und Jahr sind laut Verbraucherzentrale auffällig hoch.

Verbraucherzentrale Brandenburg (gekürzt)

Tipp: Wenig genutzte oder Schlafräume sollte man niemals ganz auskühlen lassen oder ständig „auf Kippe“ lüften – lieber 2 x täglich stoßlüften und auf etwa 16 Grad Celsius halten, damit die Wände und Möbel nicht die Wärme der Nebenräume abgeben.

„Mitteschön“ will immer mehr – und verliert dabei jedes Maß

Über die Stadtplanung in Potsdam entscheiden die demokratisch gewählten Gremien und nicht die Interessen einzelner Lobbyisten, die anscheinend gern in einem Museum wohnen möchten. Nachdem die Bürgerinitiative „Mitteschön“ erfolgreich um die Wiederbebauung am Alten Markt gekämpft hat und in Teilen ihre Vorstellungen zu den Leitbauten erfolgreich in die Diskussion zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte einbringen konnte, scheinen die dort engagierten Menschen jedes Maß zu verlieren. Immer teurere Forderungen der Bürgerinitiative, die sich nicht mehr an der aktuellen Lebenswelt in Potsdam orientieren, werden auf den Tisch gebracht. Womöglich steht am Ende dieser Kette der Forderungen der Abriss von Wohngebäuden um die Burgstraße herum. Dann würden tausende Menschen um ihren Wohnraum gebracht.

Der jetzige Standort der Stadt- und Landesbibliothek ist in den Gremien der Stadt Potsdam Konsens. Er war Bestandteil des Begleitbeschlusses zum Standort des neuen Landtagsgebäudes, der Voraussetzung für DIE LINKE war, ihren Standpunkt dazu zu überdenken. Ein Unterlaufen dieses Beschlusses durch die Bürgerinitiative wird DIE LINKE nicht akzeptieren. Ein Wissensspeicher an der jetzigen Stelle, wie ihn die Stadt- und Landesbibliothek z.B. mit ihrer Sammlung zur Brandenburgischen Geschichte darstellt, der aber auch Unterhaltungsmedien für jeden bietet, steht am Knotenpunkt Platz der Einheit genau richtig. Zum Abschluss sei die Frage gestattet: Wer ist eigentlich legitimiert, den historischen Zeitpunkt festzulegen, wie Potsdam heute aussehen soll?

Sascha Krämer, Kreisvorstand DIE LINKE

Umwelt erhalten – Gesundheit fördern – Verbraucherschutz stärken

Anita Tack ist LINKE-Ministerin/Weiter in der Kommunalpolitik aktiv



Anita Tack wurde am 4. April 1951 in Dresden geboren, lebt in Potsdam und hat zwei Kinder.
Nach dem Abitur mit Facharbeiterabschluss Mechanikerin studierte sie ab 1969 Bauwesen, Städteplanung, Regionalplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar. 1973 schloss Anita Tack ihr Hochschulstudium als Diplomingenieurin für Städtebau und Regionalplanung ab und arbeitete anschließend bis 1987 im Büro für Territorialplanung – das sie ab 1983 als Direktorin leitete – und in der Bezirksplankommission für den Bezirk Potsdam. Von 1990 bis 1991 war sie Mitarbeiterin der Bezirksverwaltungsbehörde Potsdam.
Seit Oktober 1994 ist Anita Tack Mitglied des Brandenburger Landtages für die Fraktion DIE LINKE. Als Stellvertretende Leiterin arbeitete sie in der Geschäftsstelle der Fraktion der PDS/LL von 1991 bis 1994 und war von 1994 bis 1999 Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Seit 2002 ist Anita Tack Präsidentin der Landesverkehrswacht Brandenburg e. V. und Mitglied im Vorstand der Deutschen Verkehrswacht e. V. Seit 2008 ist sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam.
Anita Tack wurde am 6. November 2009 zur Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg berufen.

Frau Tack, am 6. November wurden Sie zur Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz berufen. Dieses Ressort gab es so bisher nicht. Was ist neu?

Das neu zugeschnittene Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz entstand aus dem bisherigen Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz. Die Land- und Forstwirtschaft ist jetzt beim Infrastrukturministerium angesiedelt. Aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie wurde der Gesundheitsbereich mir übertragen.

Was wollen Sie erreichen?

Umwelt erhalten – Gesundheit fördern – Verbraucherschutz stärken: Das ist das Generalmotto meiner Arbeit. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen gut aufgeklärt in einer gesunden und umweltverträglichen Umgebung leben. Alle drei Bereiche bedürfen – das zu sagen ist mir außerordentlich wichtig – einer besonders intensiven und ständigen Rückkopplung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Verbände und Bürgerinitiativen haben gerade hier, wo jeder immer und ganz unmittelbar betroffen ist, einen hohen Stellenwert. Ohne Dialog mit ihnen ist mein Amt nicht zu führen.



Was steht als erstes auf Ihrer Agenda?

Gleich in den ersten Tagen standen zwei Konferenzen auf Bundesebene an: In Berlin trafen sich die Gesundheitsminister zum „Grippegipfel", in Saarbrücken die Umweltminister. In der Grippe-Frage ist in Brandenburg alles Notwendige veranlasst, gute Zusammenarbeit mit den Ärzten und umfangreiche Aufklärung der Bevölkerung bleiben das Gebot der Stunde. In Saarbrücken haben sich meine Ministerkolleginnen und -kollegen einer Brandenburger Initiative zur Reinhaltung des Abwassers von Perfluorierten Tensiden angeschlossen. Man sieht: Es bleibt keine Eingewöhnungszeit, es geht mit Volldampf los.

Und wie geht es in Potsdam weiter? Werden Sie Mitglied der StVV bleiben?

Ja. Doch leider werde ich den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen nicht mehr leiten können. Schon wegen der Bodenhaftung möchte ich aber gern in der Kommunalpolitik aktiv bleiben.

Maßnahmen gegen gefährliche Rückstände im Abwasser

Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack hat verstärkt Maßnahmen zur Verminderung der Umweltbelastung durch perfluorierte Tenside im Abwasser gefordert. Tack: „Ich bin gleichermaßen offen für betriebsbezogene Minderungskonzepte im Einzelfall wie für allgemeine, bundesweite oder europäische Regelungen."

Die Umweltministerkonferenz hatte am 13. November 2009 beschlossen, dass die Bundesländer und der Bund ihre Erfahrungen in den Ländern und in verschiedenen Branchen gemeinsam bis zum Frühjahr 2011 auswerten sollen und daraus Minderungsstrategien abgeleitet werden müssen. Es sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass diese Stoffe nicht mehr in die Umwelt gelangen, „damit aus dem Umweltproblem kein Gesundheitsproblem wird", so Tack.

Perfluorierte Tenside (PFT) sind chemische Substanzen, die industriell insbesondere zur Behandlung von Textilien und Papierprodukten sowie in der Metallveredlung eingesetzt werden. Sie sind nicht natürlich abbaubar, reichern sich in der Umwelt an und stehen im Verdacht, krebserregend zu sein. Ihre Verwendung ist bereits beschränkt, aber nach wie vor gelangen diese Stoffe über das Abwasser und den Klärschlamm in die Umwelt. „Die Klärschlammverbrennung ist auf Dauer zu teuer. Wir müssen das Problem an der Quelle angehen. Dabei werden wir im Vorgriff auf bundesweite Regelungen gemeinsam mit den Unternehmen auf produktionsinterne Maßnahmen setzen", so die Ministerin.

Anspruchsvolle Klimaziele für Kopenhagen-Konferenz

Ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 solle auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen mit einem klaren Zeitrahmen auf den Weg gebracht werden, so die Brandenburger Umweltministerin Anita Tack.

Ein solches internationales Abkommen soll kurz-, mittel- und langfristige Ziele zur Emissionsminderung einschließlich eines internationalen Überprüfungsmechanismus enthalten. Weiterhin wollen die Umweltminister eine faire Lastenteilung zwischen den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Konkret geht es darum, den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Hierzu ist es notwendig, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Auf Basis der vorliegenden EU-Ratsbeschlüsse halten es die Umweltminister für notwendig, dass die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 reduziert. Darüber hinaus unterstützen sie das Ziel der Bundesregierung, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent vermindert.

Tack hierzu: „Brandenburg will seinen Beitrag leisten. Insbesondere sollen der Spitzenplatz des Landes bei der Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut und die Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz verstärkt werden. Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist hierfür die geeignete Grundlage."

Vor allem bezahlbare Wohnungen …

Wohnen in Potsdam/Von Rolf Kutzmutz, Vorsitzender des Ausschusses Stadtplanung und Bauen

Kürzlich wurde ich gefragt, warum ich mir das antue: wieder die Leitung des Bauausschusses zu übernehmen, in dem doch so viele Dinge beraten werden, mit denen ich nicht einverstanden sein kann?

Ist das wirklich so? Käme ich aus einem der alten Bundesländer, wäre meine Antwort sicher gewesen: Das ist „spannend". Einen solchen Unsinn habe ich in den letzten Jahren so oft gehört, dass es mir schwerfällt, so etwas aufzuschreiben.

Was ist es also wirklich? Es ist eine Herausforderung an den eigenen Gestaltungswillen, Bereitschaft zur Auseinandersetzung und vor allem der Wille, gemeinsam nach den besten Ideen und Lösungen für die weitere Stadtentwicklung zu suchen.

Die Stadt, das sind die Menschen, die hier in Potsdam leben, lernen, arbeiten, auch die, die morgens oder am Beginn der Woche die Stadt verlassen, um ihrer Arbeit zu folgen; die, die seit vielen Jahren hier leben und jene, die erst seit kurzem Potsdamer sind. Sie alle sollen sich in dieser, unserer, Stadt wohl fühlen und gern hier leben.

Ich schreibe das, obwohl oder gerade weil mir klar ist, dass es dabei keineswegs einen einheitlichen Maßstab gibt.

Manches, was die einen mit bestem Willen planen oder schaffen, befriedigt andere ganz und gar nicht. Andere wiederum sind nur dann zufrieden, wenn ihr eigenes Vorhaben verwirklicht wird. Und es gibt noch viele andere Gründe zu benennen.

Von diesen Widersprüchen lebt die Stadt, entwickelt sie Stück für Stück ihr Gesicht. Manches davon bleibt ein Leben lang, anderes fristet nur ein kurzes Dasein und wieder anderes hätte vielleicht nicht das Licht der Welt erblicken sollen. Fragt man aber diese Reihenfolge ab, wird man höchst unterschiedliche Antworten erhalten – auch das gehört zur Stadtentwicklung.

Wenn sich die nur darin erschöpfen würde, Planer und Architekten werkeln (das ist nicht despektierlich gemeint) zu lassen, würde ein Stück Identität verloren gehen. Sicher, nicht alle Bauten und jeder Entwurf muss von allen Bürgern begutachtet und für richtig und wichtig gefunden werden. Je mehr jedoch Bürger Mitspracherechte bei entscheidenden Bauten in der Stadt haben, ihre Meinung, wenn sie denn wollen, äußern und sich einmischen können, werden sie das Entstehende als das Ihre empfinden, es selbst gern in Anspruch nehmen und ihren Gästen mit nicht wenig Stolz zeigen.

Im Bauausschuss gehört es nahezu zu jeder Sitzung, das Bürger um Rederecht bitten. Natürlich: Nicht selten geht es um ein Problem, bei dem die eigene Ansicht dargelegt werden will, Einspruch gegen dieses und Zuspruch für jenes geäußert wird. Wir sollten das nicht gering schätzen.

Ich bin davon überzeugt, dass ein Problem uns, die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, Jahr für Jahr beschäftigen wird, dem wir uns mit aller Ernsthaftigkeit widmen müssen. Das betrifft keineswegs nur die Abgeordneten, die im Bauausschuss oder im Umweltausschuss arbeiten. Die Stadt hat einen erheblichen Wohnungsbedarf vor allem an bezahlbaren Wohnungen für Studierende, junge Familien und ältere Menschen, die allein leben.





Keine Sorge – das ist keine Geringschätzung gegenüber denen, die ein Haus bauen wollen, die es sich leisten können, eine Eigentumswohnung zu kaufen. Wenn wir jedoch junge Menschen in Potsdam halten wollen und interessiert daran sind, dass Familien mit Kindern nach Potsdam kommen, dann werden in jedem Jahr etwa 1.000 solcher Wohnungen gebraucht. Das schafft die Stadt nicht allein und nicht ohne Unterstützung durch eine gezielte Wohnungsbauförderung durch das Land. Die Diskussion darüber, das Gewinnen der Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften, die in den „Stadtspuren" organisiert sind, das Gewinnen auch von privaten Investoren, die Auswahl von Flächen und das sinnvolle Verdichten bestehender Wohngebiete gehört dazu.

Erst kürzlich fand ein „Ratschlag zur Wohnungspolitik" statt. Der Kreis der Teilnehmer war überschaubar, die meisten kannten sich von ähnlichen Veranstaltungen. Doch die o. g. Aufgabe ist nicht an einem Tag zu erfüllen. Es wird vieler Ratschläge bedürfen und den Willen zu deren Umsetzung, wenn wir das Wachstum der Stadt befördern



Ein „zeitloser" Anspruch

„Zusammenfassend müssen wir aus heutiger Sicht wohl den beschrittenen Weg von Städtebau und Architektur akzeptieren, dürfen das Ergebnis jedoch kritisieren, mindestens kritisch bewerten und hoffen, selbst von „besseren" Zielen geleitet zu werden und eigene Ergebnisse früher und kritischer zu bewerten."
Christian Emmerich-Focke, Stadtplanung in Potsdam (1999)

Migrantenbeirat Potsdam

Sprechstunde: *dienstags von 16 Uhr bis 17 Uhr*

Adresse: *Stadtverwaltung Potsdam*
Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79-81
14469 Potsdam(Haus 6 auf dem Gelände der Stadtverwaltung, Zimmer 16-18)

Ansprechpartnerin *in der Geschäftsstelle: Frau Maja Hildebrandt, Sachbearbeiterin im Büro der Stadtverordnetenversammlung*

Telefon: *(0331) 289 33 46*

Fax: *(0331) 289 84 33 46*

E -Mail:
Migrantenbeirat@Rathaus.Potsdam.de

Aktiv für gelebtes Miteinander: Olga Schummel

Im Oktober wählte der Ausländerbeirat der Stadt Potsdam Olga Schummel als neue Vorsitzende. Die 37-jährige Mutter von vier Kindern lebt seit 1994 in Deutschland. Die gebürtige Weißrussin beantwortete uns kurz und bündig Fragen zu ihren Beweggründen.



Fühlten Sie sich in Potsdam willkommen?
Meine Nachbarn sprachen mit mir und halfen dann auch später hier und da, es war schon sehr entspannend, denn das ist keine Selbstverständlichkeit in Deutschland.

Was macht eigentlich ein Migrantenbeirat?
Der Migrantenbeirat vertritt die Bürger ohne Wahlrecht in der Kommune und beschäftigt sich mit der Lösung konkreter Probleme: Deutsch als Fremdsprache in Schulen, Diskriminierung, akute und dauerhafte Probleme des Asylbewerberheims.

Worauf würden Sie gern mehr Einfluss nehmen können?
Ich würde gerne, bis das Wahlrecht für alle zur Realität wird, einen direkten Einfluss auf die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung wünschen, d.h. einen oder zwei Sitze mit Diskussionsrecht (ohne Stimmrecht).

Welche Geste der Solidarität hat Sie besonders berührt?
Ich habe sehr viele negative Erfahrungen in Potsdam gemacht, deshalb engagiere ich mich politisch für diejenigen, die von der Stadtverwaltung und Landesbehörden ohne Not in schwierige Situationen getrieben werden. Einige Politiker in der Stadt schätze ich sehr, weil sie sich solidarisch für Schwächere engagieren.

Was möchten Sie als Vorsitzende ganz konkret schaffen?
Ich wünsche die gelebte Toleranz und nicht die gedichtete – ein nachbarschaftliches Miteinander, nicht das, was die Übersetzung assoziiert (lat. tolere – „dulden, ertragen“). Viele Ausländer haben Berührungsängste mit Potsdam und Brandenburg, an einer Imageänderung müssen sehr viele Strukturen gemeinsam arbeiten. Ich rufe deshalb besonders Frauen auf, umzudenken, ihre ausländischen Zeitgenossinnen zu akzeptieren und Offenheit zu zeigen, statt sie zu beleidigen und zu mobben.

Wie können Potsdamer Sie unterstützen, wenn sie das möchten?
Unterstützung jeder Art ist willkommen. Ich finde Zivilcourage wichtig. Wenn zum Beispiel ein Bürgermeister einen Dönerstand nicht wünscht, vielleicht finden sich die Bürger, die unterstützend Zeichen setzen. Auch mit Humor kann man gut unterstützen.

Auszug aus Wünschen und Forderungen des Migrantenbeirats Potsdam an die neue Landesregierung

Themenzusammenfassung – Thesenpapier

Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben. Die bessere Anerkennung der Studienabschüsse der Einwanderer, Abbau von Benachteiligung bei Wohnen und Bildung, Erziehung zur Toleranz, Einsatz zur Abschaffung der Residenzpflicht und weitere Themen fanden eine große Anerkennung des Beirats.

Die Maßnahmen zu Integration sind nicht genügend konkretisiert worden.

Deshalb haben wir uns entschlossen, ... Elemente ... als Orientierung für die ... Integrationspolitik im Land Brandenburg vorzuschlagen. Die Integrationspolitik soll sich auf die Migranten richten und nicht an ihnen vorbeigehen.

Deutsch als Fremdsprache

Die Förderung der Migrantenkinder sollte bereits in der Kita beginnen. ... Kommunen könnten ihre Möglichkeiten analysieren, den Migrantenkindern zu qualifizierten Deutschkenntnissen zu verhelfen: Helfer, Patenschaften, jegliche Art von Engagement wird begrüßt.

Anerkennung der Abschlüsse

Bei der Einstellung der neuen Lehrer soll geprüft werden, wie man die vorhandenen Lehrkräfte aus dem Migrantenmilieu (darunter auch Eingebürgerte sowie Spätaussiedler) effektiv und ohne Komplikationen einsetzt....

Studienkolleg

Das Studienkolleg in Potsdam wird geschlossen, über Alternativen haben wir bis jetzt nichts von den zuständigen Beamten des Ministeriums gehört. Deshalb fordern wir, sich dringend mit diesem Problem auseinanderzusetzen und ... eine optimale, finanzierbare Lösung für das Studienkolleg anzubieten, denn die Nachfrage besteht immer noch.

Frauenfrage

Sie sind für den Erziehungsprozess des Nachwuchses maßgeblich verantwortlich... Eine Frau ohne gute Deutschkenntnisse, ohne eine Chance eine Arbeit zu finden, überfordert mit der Kindererziehung, ist ein gebrochenes Gesellschaftsmitglied. Deshalb fordern wir die Entwicklung neuer Ansätze bei der Integration der Frauen sowie Schaffung der Arbeitsplätze, die müttergerecht sind, sowie Beschäftigung mit der Frage der Diskriminierung der Migrantinnen mit Kindern sowie der Arbeitnehmerinnen mit Migrationshintergrund.

Das „Miteinander“ fördern

Nun müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass das Image des Landes verbessert wird und die Politik des „Miteinanders“ gelernt wird.

Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt“ e.V.

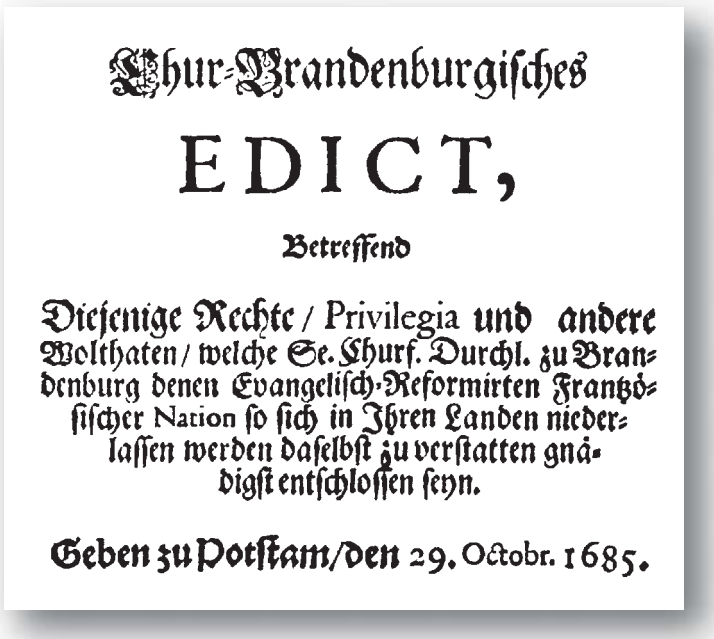
Am 29. Oktober wurde in der Französischen Kirche zu Potsdam der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt“ e.V. gegründet. Das Datum – kein Zufall. Es ist der 324. Jahrestag der Verkündung des Ediktes von Potsdam (1685). Uns allen ist der umfangreiche Prozess der Erarbeitung des Neuen Potsdamer Toleranzediktes gut in Erinnerung. Auch DIE LINKE hatte sich – nach einigen Anlaufschwierigkeiten – in die Diskussion eingebracht. So diskutierten am 1. Mai 2008 Pete Heuer und Mike Schubert auf der Bühne des DGB über Toleranz. Auf Initiative des Autors wurde durch DIE LINKE ein Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der sich um eine Fortführung dieses Prozesses bemühte. Der Antrag wurde – wenn auch verändert – angenommen. Von 48 Vereinen, Zusammenschlüssen und Parteien liegen Selbstverpflichtungen vor. Juliane Nitsche und Pete Heuer haben sich am Gründungstag in die Mitgliedsliste eingetragen.

Was möchte der Verein?

Mit dem Verein wollen wir als Bürgerinnen und Bürger Potsdams:

- die Toleranzdiskussion in der vielfältigen Stadtgesellschaft Potsdams verankern;
- eine selbstbewusste Bürgerschaft im Hier und Jetzt entwickeln, in deren Zentrum die größtmögliche Freiheit aller steht;
- bestehende Projekte, Bündnisse, Gruppen, Vereine, Aktivitäten und Ideen fördern, die zu einer offenen und toleranten Stadt der Bürgerschaft beitragen;
- eigene Projekte zur Verknüpfung des Potsdamer Toleranzediktes mit dem Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam und der Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ entwickeln;
- die Möglichkeiten der Toleranz ausschöpfen und das Nicht-Tolerierbare klar benennen;
- die Verbindung von Toleranz und Solidarität festigen;
- den Konsens der Demokraten gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus stärken;
- das Erbe von Aufklärung, Einwanderung und Toleranz sicht- und lehrbar halten. Aus diesen Gründen werden wir als Teil der Bürgerschaft selbst aktiv und bringen uns in das Leben unserer Stadt ein. Folgendes Projekt wollen wir u. a. mit Ihnen zusammen verwirklichen:
- Patenschaftsprogramm für neue Potsdamerinnen und Potsdamer.

Pete Heuer



Chur-Brandenburgisches

EDICT,

Betreffend

Diejenige Rechte / Privilegia und andere Wolthaten / welche Se. Churf. Durchl. zu Brandenburg denen Evangelisch-Reformirten Frantzösischer Nation so sich in Ihren Landen niederlassen werden daselbst zu verstatten gnädigst entschlossen seyn.

Geben zu Potstam/den 29. Octobr. 1685.

Tierheim – oder die Katze im Sack?

Von Dipl.-Ing. Ralf Jäkel, Stadtverordneter (DIE LINKE) und Ortsvorsteher von Eiche

Die Diskussion zum Tierheim treibt merkwürdige Blüten. Die Stadtverordneten haben im September 2008 eine Ausschreibung für den Bau eines Tierheims auf dem Grundstück in Eiche beschlossen. Der Ortsbeirat Eiche konnte sich damals so ein Vorhaben prinzipiell vorstellen, hat jedoch verabredet, sich in den weiteren Entscheidungsprozess einzubringen und die Verwaltung um nähere Informationen gebeten. Seitdem gab es weder eine Drucksache noch aussagekräftige Informationen für Eiche. Ich halte selber mehrere Heimtiere, habe kleine Spenden dem ehemaligen Tierheim gewidmet und stehe nicht in dem Verdacht, generell gegen ein Tierheim zu sein. In meinem Bürgerbrief zur Kommunalwahl 2008 an alle Eichener habe ich mich bekannt: „Ich unterstütze bei sachgerechter Berücksichtigung der Interessen der Anlieger die Einrichtung eines Tierheimes auf dem Grundstück in Eiche am Weg nach Bornim.“ Dies schließt jede Missverständlichkeit aus! Dass seitens der Verwaltung jedoch der Ausschreibungszweck verändert und ein nicht näher bezeichnetes Sozialprojekt hinzugefügt wurde, habe ich zu keinem Zeitpunkt befürwortet. Nähere Einzelheiten dazu sind mir nie bekannt geworden, außer über die Zeitung der letzten Tage. Ich erinnere mich nicht, dass das veränderte Konzept im Ortsbeirat Eiche erläutert worden wäre. Nach meinem Amtsantritt als Ortsvorsteher am 25.06.2009 habe ich in der Sitzung des Ortsbeirates am 24.09.2009 die Verwaltung um aktuelle Information zum Tierheimprojekt gebeten. Diese hat dazu die damalige Amtstierärztin Frau Dr. Lehmann zu uns entsandt. Leider wurden genau unsere Fragen zu der pädagogischen und therapeutischen Arbeit mit Jugendlichen nicht beantwortet, wie im Protokoll nachzulesen ist. Darum hat der Ortsbeirat einmütig die Forderung an die Verwaltung gerichtet, den Ortsbeirat Eiche vor einer Entscheidung in der Sache einzubeziehen. Wer will uns nun hier die Katze im Sack verkaufen? Wer will einen Vertrag über 15 Jahre abschließen, ohne zuvor hineinzuschauen? Was ein normales Tierheim ist, können wir einschätzen. Auch am Wildpark hat das ehemalige Tierheim pädagogische Aufgaben gemeistert. Was aber sollen 20 sozial auffällige Jugendliche mit hausmeisterlichen Tätigkeiten im Tierheim machen? Fachleute, mit denen ich darüber sprach, sehen dies sehr bedenklich. Nur ausgewählte Tiere eignen sich für Sozialtherapie. Im Übrigen ist keines der angeführten Referenzobjekte mit einem Tierheim vergleichbar. Ich habe deshalb Verständnis, dass Einwohner besorgt reagieren. Darum habe ich die Information des Ortsbeirates über alle relevanten Fragen beantragt sowie die Einbeziehung der Stellungnahme des Ortsbeirates vor einer Vergabeentscheidung. Dazu habe ich Auflagen formuliert, die auch die Interessen der Anwohner absichern sollen. Ich meine, ein erfolgreiches Tierheim kann man nicht gegen die Anwohner, sondern nur einvernehmlich mit ihnen gemeinsam realisieren.





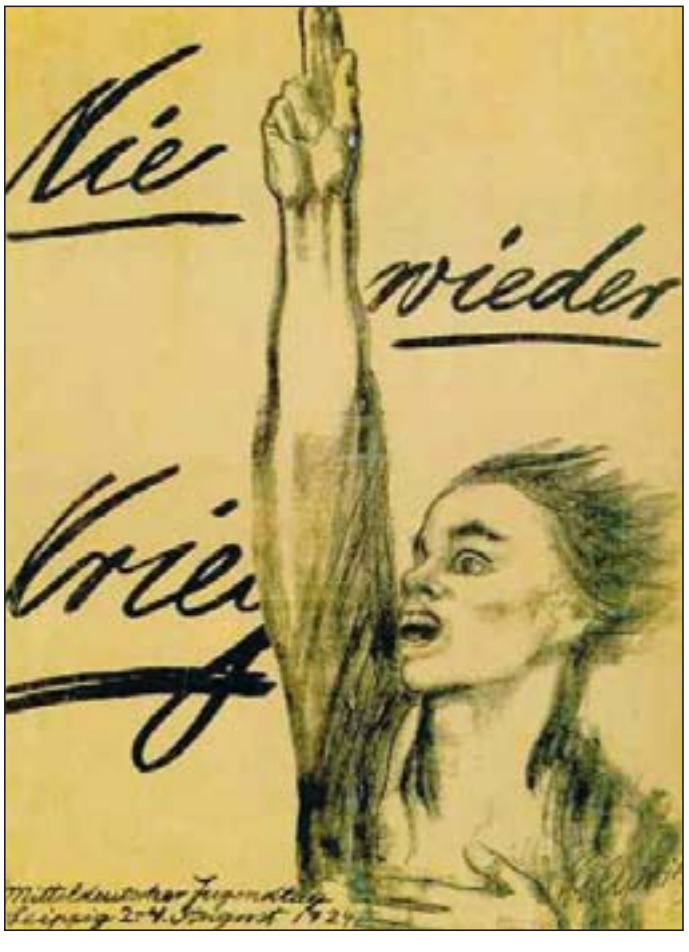
„Ruf aus Potsdam“
an Friedensnobelpreisträger Obama

Der ausführliche Text findet sich auf der Internetseite unter www.friedenskoordination-potsdam.de, wo man auch Unterschriftenlisten herunter laden kann. Ausgefüllt können sie gesendet werden an die Friedenskoordination Potsdam, Dr. habil. Frank Baier, Gerhart-Hauptmann-Str. 16, OT Bergholz-Rehbrücke, D – 14558 Nuthetal (Tel./Fax: 033200/85026).



Die Potsdamer Friedenskoordination (FriKo) ist ein Aktionsbündnis, das sich bereits seit Jahren parteiübergreifend für Frieden und ein gleichberechtigtes Miteinander weltweit einsetzt. Sie gestaltet den Ostermarsch und den Antikriegstag in Potsdam. Ihre erklärten Ziele sind Frieden und Völkerverständigung, internationale Solidarität und die Schaffung einer gerechten Weltordnung.

In ihrem Internetauftritt beklagt die Friedenskoordination Potsdam, dass wieder Kriege zum Mittel der Politik würden und das Recht des Stärkeren gelte: „Nicht die Beseitigung von Armut ist das Ziel der neoliberalen Globalisierung, sondern die weltweite Durchsetzung der Interessen der wirtschaftlich führenden Staaten. Nach unserer Auffassung besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dieser Politik nach außen und der Errichtung einer ‚Festung Europa‘ gegenüber den Armutsflüchtlingen.“



Plakat von Käthe Kollwitz aus dem Jahr 1924

Dagegen will die „Friko“ Protest mobilisieren: „Lassen wir es nicht zu, dass es Menschen erster bis vierter Klasse gibt. Verändern wir jetzt diese Zustände!“ Diesem Anliegen soll auch der „Ruf aus Potsdam“ dienen, mit dem sie an den Friedensnobelpreisträger Barack Obama appellierte, zur Beendigung des Krieges in Afghanistan beizutragen. Darin heißt es unter anderem: „Sie haben in den vergangenen Monaten Ihrer Präsidentschaft begonnen, die Vereinigten Staaten von Amerika auf einen neuen Weg zu leiten. Das betrifft sowohl soziale Fragen wie auch das umfassende weltpolitische Thema der Frage von Krieg und Frieden. Mit Ihrem Gedanken der endgültigen Abschaffung der Atomwaffen haben Sie einen wesentlichen Meilenstein auf dem Wege zur Verhinderung einer atomaren Katastrophe auf unserer Erde gesetzt.

„Nicht die Beseitigung von Armut ist das Ziel der neoliberalen Globalisierung, sondern die weltweite Durchsetzung der Interessen der wirtschaftlich führenden Staaten.“

Doch wir glauben, dass die Menschheit gegenwärtig wichtige Schritte auf einem noch viel längeren Weg mit dem Ziel der endgültigen Verbannung des Krieges von dieser Erde gehen sollte. Kriege in jeglicher Form und mit jedweder Rechtfertigung lösen keine Probleme, sondern vergrößern diese. Deshalb sollten wir Wege suchen, um bestehende Kriege zu beenden. Das scheint der einzige Weg zu sein, um eine weitere Eskalation und damit letztendlich die Selbstvernichtung unserer irdischen Zivilisation zu vermeiden.

Wir bitten Sie darum, mit uns zusammen für diese Erde einzutreten. Dabei müssen wir symbolische Leuchtfeuer setzen, die den Weg zum noch sehr fernen Ziel weisen. Als ein solches Symbol sehen wir auch die Situation in Afghanistan an. Wenn es gelingt, die katastrophale Situation in diesem Lande zum Besseren zu kehren, wenn dieser Kriegsbrand gelöscht werden kann, besteht eine **Chance für ein Vorankommen auf dem langen Weg zum endgültigen Ziel: Eine Erde ohne Kriege.**

Auch wir in Potsdam sind unmittelbar davon betroffen, denn hier befindet sich das Einsatzführungskommando der Bundeswehr für Auslandseinsätze der NATO-Streitkräfte. Der Weg zum Frieden – auch in Afghanistan – kann aber nicht mit mehr Waffen und mit mehr Soldaten gegangen werden. Gewalt jeglicher Art erzeugt immer wieder Leid und darum Hass und neue Gewalt: Eine Kette ohne Ende. Es gibt nur eine Möglichkeit, ein gemeinsames Leben aller Menschen mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ideen und Zielstellungen zu gewährleisten. Das ist friedliche und gleichberechtigte Kommunikation – wenn das auch noch so schwer erscheint. Es gibt keinen anderen Weg!

Wir wenden uns an Sie mit unserem Ruf aus Potsdam mit der dringenden Bitte, gemeinsam diesen Weg zu gehen – mit der Beendigung der Kampfhandlungen in Afghanistan ein Symbol zu setzen für ein friedliches Leben auf unserem Planeten.“

Bildungsstreik zeigt:

Es geht auch außerhalb des Parlaments!



Überfüllte Seminare, enge Vorgaben im Bachelorstudium und zu wenig Mitspracherechte für Studierende führten nach einem ersten Anlauf im Juni nun im Herbst erneut zu einem Bildungsstreik an Hochschulen und Universitäten. Innerhalb weniger Tage engagierten sich Studierende aus mehr als 30 Städten in ganz Europa für mehr Demokratie in der Bildung. Auch in Potsdam haben unter anderem vom AStA unterstützte Initiatoren einen großen Hörsaal besetzt, um die Unileitung zu Gesprächen darüber zu bewegen, inwieweit folgende Forderungen gemeinsam an die Landesregierung herangetragen werden können:

Zulassungsbeschränkungen für Bachelor-Master-Studiengänge und Anwesenheitslisten sollen durch eine geänderte Rahmenzulassungsordnung abgeschafft werden.

Studierende sollen mindestens in einer Viertelparität in akademischen Gremien vertreten sein und an jedem Campus zentrale Räumlichkeiten nutzen können (konkrete Vorschläge wurden unterbreitet).

Zwar erklärte die Uni-Leitung ihre Dialogbereitschaft, unternahm aber keine erkennbaren Schritte. Doch immer mehr Vertreter aus der Lehre und der Politik äußern Verständnis für den Protest und unterstützen einzelne Forderungen – ohne die von den Streikenden erkämpfte öffentliche Aufmerksamkeit wäre das kaum vorstellbar gewesen. Das zuständige Landesministerium signalisierte inzwischen die Bereitschaft zur Prüfung.

Das kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Die Initiatoren des Streiks verlangen vom Wissenschaftsministerium verbindliche Zusagen zur Verbesserung der Situation an Brandenburgischen Hochschulen und fordern das Präsidium der Universität Potsdam auf, sich mit den Studierenden aktiv für Folgendes einzusetzen:

- Eine signifikante Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen, ... insbesondere die Schaffung von mindestens 300 Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau zur Verbesserung der Betreuungsrelation
- Streichung der Immatrikulations- und Rückmeldegebühr in Höhe von 51 Euro ... als versteckte Studiengebühren
- Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (darunter Rechtsanspruch auf einen Masterplatz bei abgeschlossenem Bachelor-Studium und stärkere Beteiligung von Studierenden in den Hochschulgremien – d. Red.).

-ed

Überprüfung bisheriger Regelungen für verbesserte Lehre

Zu den Gesprächen zwischen Landesregierung, Leitung der Universität Potsdam und den studentischen BesetzerInnen des Audimax erklärte der wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Peer Jürgens: „Es ist völlig richtig, dass die Wissenschaftsministerin Frau Münch auf Bundesebene Verbesserungen erreichen will. Hierfür hat sie unsere volle Unterstützung. Allerdings muss auch das Land zügig Veränderungen zum Wohl der Studierenden und der Qualität der Lehre herbeiführen.
Das betrifft vor allem die Regelung des Übergangs vom Bachelor zum Master. Im Gespräch mit dem Wissenschaftsministerium haben die Studierenden hier immer wieder konkrete Vorschläge unterbreitet.
Aus Sicht der Linksfraktion muss die im aktuellen Hochschulgesetz festgelegte Verpflichtung, Hürden zwischen Bachelor und Master aufzubauen, überprüft werden. Es ist im Interesse der Landesregierung selbst, den Studierenden optimale Studienvoraussetzungen zu bieten – dazu zählt auch die Möglichkeit, für jeden und jede, einen Master zu belegen. In diesen Dialog werden und wollen wir uns einbringen.“

CITROËN
NICHTS BEWEGT SIE WIE EIN CITROËN
AUTOHAUS THONKE GmbH
Alt Nowawes 44/46, 14482 Potsdam
Citroën-Vertragswerkstatt
Tradition seit 1910
Tel. 0331/70 73 16 und 748 18 69
Fax: 0331/784 27 48
E-Mail: thonke@autohaus-thonke.de
Internet: www.autohaus-thonke.de
Öffnungszeiten: Mo bis Fr 07.00 bis 18.00 Uhr, Sa 09.00 bis 11.45 Uhr
Typenoffene Werkstatt ■ Bremsen, Auspuff, Stoßdämpfer ■ Glasreparaturen
Reifendienst ■ Hauptuntersuchung ■ Abgastest ■ Klimaanlagen-Service
Frohes Fest und ein gutes Jahr 2010! Ihr Autohaus Thonke

Bürgerhaushalt 2010: Startschuss zur Vorschlagsvotierung

Am Montag, 23.11.2009, startete anhand der „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ die letzte Runde des Bürgerhaushaltes 2010. Unter www.potsdam.de/buergerhaushalt besteht bis zum 3. Januar 2010 die Möglichkeit, über 40 Vorschläge abzustimmen. Alle Potsdamerinnen und Potsdamer sind aufgefordert, sich aktiv zu beteiligen.

Teilnahmeberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger, die mindestens 14 Jahre alt und haupt- oder nebenwohnsitzlich in Potsdam gemeldet sind. Pro Person dürfen dabei maximal fünf Punkte vergeben werden. Ziel der Votierung soll sein, „eine repräsentative Auswahl der 20 wichtigsten Vorschläge für den Bürgerhaushalt 2010 zu ermitteln“. Die Bürgerempfehlungen sollen dann am 27. Januar 2010 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben werden.

In der letzten November-Woche erhielten 10.000 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Potsdamerinnen und Potsdamer Post von der Stadt, mit der sie zur Teilnahme aufgefordert werden. Für alle Einwohner, die nicht angeschrieben wurden, liegen kostenlose Exemplare der „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ im Bürgerservice des Stadthauses Potsdam bereit. Ebenfalls kann im Internet unter www.potsdam.de/buergerhaushalt abgestimmt werden. Ab Mitte Dezember werden weiterhin Großplakate im gesamten Stadtgebiet auf die Votierung des Bürgerhaushaltes 2010 hinweisen.

Zum Hintergrund: Im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2010 der Landeshauptstadt Potsdam bestand in diesem Sommer zum dritten Mal in Folge die Möglichkeit, Vorschläge, Anregungen sowie konkrete Ideen zu verschiedenen Themenbereichen der städtischen Haushaltsplanung einzubringen. Insgesamt wurden 682 Empfehlungen eingereicht. Im Oktober wurden diese Vorschläge auf drei Stadtteilversammlungen und per Internetabstimmung priorisiert. Anhand vorgegebener Kriterien wurde daraus die „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ zusammengefasst.

Mit Stollen, Schwibbögen, Nussknackern und Pyramiden

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL und SVV) feiert erzgebirgische Weihnacht in Potsdam

Weihnachten ist ein Fest der Familie. Wie laufen bei Scharfenbergs die Vorbereitungen?

Da meine Frau und ich im Erzgebirge geboren sind und wir unsere Jugend in Oberwiesenthal bzw. in Annaberg erlebt haben, sind die Traditionen der erzgebirgischen Weihnacht mit uns nach Potsdam gekommen. Die Vorbereitungen beginnen in jedem Jahr Mitte November. Vierzehn Tage vor dem 1. Advent bäckt meine Frau Stollen. Mir kommt dabei die Aufgabe zu, den Teig ordentlich zu kneten, damit er gut aufgeht. In diesem Jahr sind es wieder fünf große Stollen geworden. Angeschnitten wird am 1. Advent. An dem Wochenende wird die original erzgebirgische Weihnachtspyramide aufgestellt, die mein Schwiegervater gebaut hat. In die Fenster kommen Schwibbögen und Nussknacker, die ich selbst angefertigt habe, als ich noch mehr Zeit für dieses Hobby hatte. Dieses Schmücken ist meine alljährliche Verpflichtung.

Den Weihnachtsbaum, der nach was aussehen muss, stelle ich in der Regel am 23. Dezember auf.

Was kommt bei Euch – neben Stollen – auf den Festtagstisch?

Die Feiertage sind kulinarisch von den Kochkünsten meiner Frau geprägt. Am Abend des ersten Advent und am Weihnachtsabend gibt es, der erzgebirgischen Tradition folgend, Bratwurst mit Sauerkraut und Kartoffelbrei, ein Lieblingsessen unserer drei Kinder. Aber vorher bin ich am Nachmittag des 24. Dezember wie jedes Jahr Gast der Weihnachtsfeier in der Potsdamer Suppenküche der Volkssolidarität und überreiche im Namen der Fraktion eine Spende. Ja, und an den Feiertagen gibt’s traditionell knusprigen Gänsebraten mit Kartoffelklößen und Rotkohl. Doch der Braten reicht in der Regel nur für den ersten Feiertag.



Und der Heiligabend findet dann wohl ganz in Familie statt?

Am Weihnachtsabend und zu den Feiertagen sind unsere Kinder bei uns zu Hause. Da wir noch keine Enkel haben, erfolgt die Bescherung nach dem traditionellen Weihnachtsessen ohne Weihnachtsmann, aber sehr wohl nach einem festen Ritual. Dazu gehört das Singen. Dieser Abend im Kreis der Familie verläuft bei erzgebirgischen Weihnachtsliedern in Ruhe und Gemütlichkeit. Das gilt auch für die Weihnachtsfeiertage.

Wie klingt bei Euch Weihnachten aus?

Das geht bis in den Januar hinein. Am zweiten Feiertag treffe ich mich mit guten Freunden zum Frühschoppen. Seit 1990 pflegen Rolf Kutzmutz und ich mit anderen diese Tradition. Am Nachmittag sitzen wir zu Hause in angenehmer, interessanter Unterhaltung mit guten Bekannten bei Kaffee und Stollen. Die schönen Tage, die mit einem enormen Verbrauch an Pyramidenkerzen und Crottendorfer Räucherkerzchen verbunden sind, vergehen jedes Jahr wie im Flug. Pyramide und Weihnachtsbaum baue ich zum Ende der ersten Januarwoche wieder ab – und dann freuen wir uns schon auf das nächste Weihnachtsfest.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonnabend, 5.12.2009, 15.00 – 18.00 Uhr:
Weihnachtsmarkt am Bürgerhaus am Schlaatz

Montag, 07.12.2009, 14.30 Uhr:
„Von der Serengeti zum Viktoriasee“. Ein Spaziergang mit Karl Kreutz in den Süden Ostafrikas zur Tiefebene der Serengeti und dann bis zum Viktoriasee. Den Weg der wandernden Tiere begleiten wir bis in den Norden Kenias. Aber nicht nur in der Savanne Ostafrikas gehen die Tiere zur Erhaltung ihrer Art auf eine geheimnisvolle Wanderung. *Dahlweid

Sonnabend, 12.12.2009, 10.00 – 14.00 Uhr:
Kommunalpolitischer Tag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.. (Neuwahl des Vorstandes), Tagungshaus BlauArt, Hermannswerder

Sonntag, 13.12.2009, 15.00 – 18.00 Uhr:
AdventEvent des Familienbündnisses Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld – zwischen Club 18 und Sternkirche (Pietschkerstraße)

Dienstag, 15.12.2009, 14.30 Uhr:
„Was brachte das Jahr 2009?“. Heiteres und Besinnliches, Aktuelles und Historisches erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, bei einer Nachbetrachtung der Potsdamer Stadtpolitik im Jahr 2009. *Dahlweid

Mittwoch, 16.12.2009, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben ’raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 17.12.2009, 18.00 Uhr:
Jahresausklang des Behindertenbeirates.

Freitag, 18.12.2009, 14.30 Uhr:
„Frohe Weihnacht“. Die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung lädt Sie herzlich ein zur Weihnachtsfeier für unsere ständigen Besucher mit einem literarisch-musikalischen Programm von und mit Manfred Bischoff, mit Kaffee und Kuchen, einem Gläschen Wein und kleinen Überraschungen, aber vor allem mit Weihnachtsliedern und festlicher Musik zum Mitsingen, Schunkeln und Tanzen.
Anmeldung: möglichst bis 15.12.2009. *Dahlweid

*Dahlweid – Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost

Weihnachtsmärkte in Potsdam

Seit dem 23. November 2009 – 27. Dezember 2009, Innenstadt:

Traditioneller Weihnachtsmarkt

Der traditionelle Alt-Potsdamer Weihnachtsmarkt findet alljährlich in der Innenstadt zwischen St. Peter und Paul Kirche und Luisenplatz auf der Brandenburger Straße in unmittelbarer Nähe zum Schloss Sanssouci statt. Ein breites Angebot an Geschenkideen, kulinarischen Leckereien, Freizeitspaß, Schnitzereien, Krippen, Lichterbögen, Kugeln, Lebkuchen, kandierten Äpfeln, Glühwein u.v.m. wartet auf die Besucher.

4. Dezember 2009 – 6. Dezember 2009, Kutschstallhof, Am Neuen Markt:

Sternenmarkt auf dem Kutschstallhof

In diesem Jahr bereits am zweiten Adventswochenende lädt der Sternenmarkt auf dem Kutschstallhof Am Neuen Markt wieder dazu ein, das weihnachtliche Flair unseres Nachbarn Polen zu erleben und sich romantisch auf die Feiertage einzustimmen. In Polen beginnt traditionell das Weihnachtsfest, wenn Heiligabend der erste leuchtende Stern am Himmel erscheint. Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) veranstaltet auch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Kulturzentrum Zamek in Poznan diesen Markt. Auf dem Kutschstallhof erwartet die Besucher an über 45 Ständen ein reiches Verkaufsangebot von polnischen Künstlern und Kunsthandwerkern. Dabei reicht die Palette vom traditionellen Weihnachtsschmuck über Holzschnitz- und Korbflechtwaren, Keramik- und Steinarbeiten, Lederwaren und Stickereien bis hin zu Glas- und Seidenmalerei und vielfältigen Schmuckarbeiten.
Zur Stärkung zwischendurch kann man wieder unter den kulinarischen Spezialitäten unserer Nachbarn wählen. Bigos (Krauttopf), Barszcz (Rote-Bete-Suppe) und Pierogi (Teigtaschen) gehören zu den zwölf symbolischen Gerichten der polnischen Festtafel zu Heiligabend. Im Angebot sind auch wieder Krówki, die beliebten polnischen Bonbons und Oscypki, der würzige Schafskäse aus dem Riesengebirge. Ein stimmungsvolles Bühnenprogramm, gestaltet von Künstlern aus Polen und Deutschland, begleitet durch das Marktwochenende. Es wird in diesem Jahr vor allem Kinder und Jugendliche ansprechen. Anlässlich des Sternenmarktes wird in der historischen Gewölbehalle eine polnische Informations- und Begegnungsbörse kulturelle und touristische Reiseziele und Anziehungspunkte unseres Nachbarlandes Polen präsentieren. Und auch hier warten landestypische Produkte wie z. B. die berühmten Lebkuchen aus Torun (Thorn) auf die Besucher.
Öffnungszeiten
Freitag von 16 bis 20 Uhr
Samstag von 10 bis 20 Uhr
Sonntag von 10 bis 19 Uhr

12. Dezember 2009 – 13. Dezember 2009, Holländisches Viertel:

Sinterklaas Weihnachtsmarkt

Auch in diesem Jahr wird der Sinterklaas (Holländischer Nikolaus) in Potsdam erwartet. Nach der Begrüßung durch Vertreter der Stadtverwaltung und der Niederländischen Botschaft und vielen großen und kleinen Gästen wird der Sinterklaas seinen Schimmel besteigen und, begleitet von seinen Schwarzen Petern – lustigen Musikanten, ins Holländische Viertel Potsdam ziehen.
Samstag von 11 bis 19 Uhr,
Sonntag von 11 bis 18 Uhr.